

Bezirksamt Neukölln von Berlin
Geschäftsbereich I
BzBm

10.12.2025
2300

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 10.12.2025
Lfd. Nr. : 10.5
Drs. Nr. : 2177/XXI
schriftlich :

nachrichtlich den Fraktionen
der CDU, SPD, Grüne, LINKE, AfD

Beantwortung der Mündlichen Anfrage

Gewaltvorfall in Neukölln - Haltung und Handeln des Bezirksamts

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Kapitän,

für das Bezirksamt beantworte ich Ihre mündliche Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Herr Huthifa Al-Mashhadany steht seit langem in regelmäßigen, engen Austausch mit Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes. Seine Sicherheitssituation wird regelmäßig vom LKA beurteilt und er bekommt jede nötige Unterstützung. Alle Sicherheits- und Hilfsangebote werden eng mit Herrn Al-Mashhadany abgesprochen. Die Polizei Berlin gewährleistet den Objektschutz für die deutsch-arabische Schule Ibn-Khaldun. Gleichzeitig setzt der Bezirk sich beim Senat für eine bestmögliche Förderung der Schule ein. Auch werden Politiker auf Landes- und Bundesebene vom Bezirk dazu eingeladen, die Schule und Herrn Al-Mashhadany zu besuchen, um Solidarität und Unterstützung zu leisten. Ebenfalls werden regelmäßig Pressevertreter*innen an die Schule zu Gesprächen vermittelt, um so eine größtmögliche Öffentlichkeit für die gute Arbeit der Schule und die gleichzeitige Bedrohungssituation zu verdeutlichen.

Zu 2.:

Die Angriffe auf Herrn Al-Mashhadany und die Deutsch-Arabische Schule Ibn-Khaldun sind sehr ernst zu nehmen und stellen eine akute Bedrohung für die Mitarbeiter*innen und die

Schüler*innen dar. Besonders aber sind sie eine Bedrohung für die Sicherheit Herrn Al-Mashhadanys. Die Angriffe werden vom Bezirksamt auch als Angriffe auch unsere demokratische Debattenkultur gesehen, denn die Schule verteidigt sehr deutlich ein säkulares Weltbild und stellt sich gegen jede Form von Extremismus. Die Angriffe sind der Versuch, die Meinungsfreiheit mit Mitteln der Gewalt einzuschränken. Sicherheitspolitisch bedeutet das für die Betroffenen und den Bezirk, dass vor allem und in erster Linie Personen, Einrichtungen und Organisationen, die unsere friedliche, demokratische Debattenkultur und das Miteinander fördern und mit ihrem Handeln auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, unsere besondere Unterstützung und Solidarität benötigen.

Es gilt das gesprochene Wort!

Jochen Biedermann
Bezirksstadtrat
für den Bezirksbürgermeister